

**XXIII. GP.-NR****440 /AB****03. Mai 2007****zu 454 /J****Die Bundesministerin für europäische  
und internationale Angelegenheiten**

Dr. Ursula Plassnik

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

27. April 2007

GZ: BMeiA-CN.8.19.11/0007-I.7/2007

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ulrike Lunacek, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. März 2007 unter der Nr. 454/J-NR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend chinesische Soldaten an der Jägerschule Saalfelden gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

**Zu Frage 1:**

Österreich pflegt mit China im Bereich der Streitkräfte eine Zusammenarbeit, die auf einer Reihe von „Memoranda of Understanding“ zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder beruht. Jene Dokumente sehen die Kooperation im Bereich der militärischen Ausbildung sowie gegenseitige militärische Zusammenarbeit vor. Dazu gehören Kurse für friedenserhaltende Einsätze ebenso wie die Hochgebirgsausbildung. Die angesprochene Teilnahme chinesischer Offiziere an einem Hochgebirgsausbildungskurs in Österreich hat diese Memoranda als Grundlage.

Es ist nicht üblich, dass das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten von der Durchführung derartigen Ausbildungskurse gesondert informiert wird. Das BMeiA hatte daher vor Kursbeginn keine Kenntnis von der Teilnahme chinesischer Offiziere.

./2

**Zu Frage 2:**

Über die weitere Verwendung der Kursabsolventen liegen keine Informationen vor und können daher keine Aussagen gemacht werden.

Diese Art der Kooperation mit China beeinträchtigt in keiner Weise die Kohärenz und die klare Haltung, die Österreich in voller Übereinstimmung mit der entsprechenden Linie der EU in seinem Dialog mit China zur Situation in Tibet und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einnimmt.

**Zu Frage 3:**

Die Ausgestaltung der Kurse und Ausbildungslehrgänge des Österreichischen Bundesheeres ist kein Gegenstand der Vollziehung des Bundes im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.

